

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 20

Duisburg, den 15. Mai 1926

27. Jahrgang

## Christliche Arbeiterschaft und Wirtschaft

Neben der Stellung zum Staat ist wichtig unsere grundsätzliche Stellung zur Wirtschaft. Dieser Artikel ist entnommen der Schrift von Prof. Briefs „Wirtschaftspolitik“ (Blätter der Arbeit, Echo-Verlag Duisburg).

Die Wirtschaft ist nicht nur um ihrer selbst willen da, sondern sie ist die Unterlage des einzel menschlichen Lebens, der gesellschaftlichen Wohlfahrt und der Macht des Staates, in weiterer Hinsicht der Gestalt und Kultur, die fast immer irgendwie an wirtschaftliche Voraussetzungen gebunden sind. Damit ist gesagt: das massige Nur-Produktionsideal, das so vielfach bewußt und unbewußt die Köpfe beherrscht, ist falsch. Der Mensch der „fabelhaften“ Produktionsziffern und des hohen Verbrauchs ist der Ausdruck eines irrgewordenen Wertebewußtseins, das alles Gefühl für Qualitäten verloren hat und einer zweifelhaften Romantik des Quantitätserfolges huldigt.

Wenn die Wirtschaft nicht Selbstzweck ist, sondern Dienerin überlegener Werte, so folgt daraus, daß auch die Wirtschaftspolitik

nicht einen letztlich gültigen absolut eigenen Wert

habe, sondern ihre Ziele und ihre Mittel immer an übergeordneten Werten und Zwecken ausrichten müsse. Kein Geringerer als Vis-march sprach den Gedanken aus, daß der Kurs der Staatspolitik keine Kreuzung durch wirtschaftspolitische Zielsetzung ertrage, man müsse, um nicht in den offenen Gegensatz zu England zu treten, der Industrie „den Zaum anlegen“. Durchaus zutreffend, denn die Werte Staatspolitik und politische Daseinsicherung des Volkes sind wichtiger, als etwa die Werte Höchst-Produktivität und Höchst-Erport. Das gleiche gilt für die Gesundheit, Befestigung und Kultur des Volkes: sie können nicht dem Ideal der hohen Produktionsziffern oder des höchsten Konsums geopfert werden. Volkswirtschaftspolitik ist eben nur eine Richtung des menschlichen Handelns nach Werten und Zwecken; sie bedarf der Einordnung und Angleichung innerhalb des Gesamtsystems des Handelns. Die Erfahrungen beispielsweise der Sozialpolitik im 19. Jahrhundert haben gezeigt, daß diese Einordnung der Volkswirtschaftspolitik unter die übergeordneten Werte der Volksgesundheit und Volksgestaltung nicht eine bloße Theorie sind, sondern einer wirklichen sinnvollen Ordnung der Werte entspricht; ihre Mißachtung droht letzten Endes den Bestand von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft selbst zu gefährden.

Die allgemeine Bedeutung für das politische, kulturelle, sittliche und geistige Dasein eines Volkes ist so schwerwiegend, andererseits greift die wirtschaftliche Verfügungsmacht, zumal im Zeitalter des Großindustrialismus und der Arbeiterbewegung, so stark in das öffentliche Leben ein, daß die öffentliche Hand um ihrer selbst willen und wegen der von ihr vertretenen Zwecke

keine grundsätzliche Immunität der Wirtschaft

anerkennen kann. Anders ausgedrückt: die individualistische liberale These vom reinen Rechtsstaat, der der Wirtschaft gegenüber keine Aufgaben und keine Eingriffsbefugnisse hat, ist unhaltbar, weil die gesellschaftliche Wirtschaft eben keine private Angelegenheit ist. Oder wer will im Ernst behaupten, es sei eine reine Privatangelegenheit, wenn die Industrie das flache Land entvölkert, in den Großstädten unerhörte und vielfach sehr bedenkliche Zusammenballungen von Menschen schafft, Gesundheit und Lebenskraft von Kindern, Frauen und Männern gefährdet, Zehntausende von Arbeitern je nach dem Wellenschlag der Konjunktur an sich ziehe und abstoße, Verbände von einer Wirtschaftsmacht schafft, die Staat im Staate bilden, und über die dauernden Wohlstandsgrundlagen großer Völker nach einseitig privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten verfüge? Private Wirtschaftsmacht ist in allen diesen Fällen so gigantisch zusammengewallt, greift so weit in das Wohl und Wehe von Hunderttausenden und in das ganze öffentliche Leben ein, daß es ein sophistisches Spiel mit Worten ist, zu behaupten, hier handele es sich nur um Privatangelegenheiten, die den Staat und die Öffentlichkeit nichts angingen. Psychologisch ist gewiß der individualistische Wirtschaftsgedanke, der die unbedingte Freiheit der Wirtschaft vom Staatseingriff vertritt, wohl verständlich: er ist die Reaktion auf die überpannte Vielgeschäftigkeit des merkantilistischen Staates in wirtschaftlichen Dingen, aber das ändert nichts daran, daß die Reaktion nach der entgegengesetzten Seite hin weit über das Ziel hinausgeschossen ist. Das formelle Recht des Staates zum wirtschaftlichen Eingriff ist über jeden Zweifel erhaben, die Pflicht zum Eingriff und die Grenzen des staatlichen Eingreifens im einzelnen Falle: das sind Fragen der praktischen Politik, die immer nur angesichts der konkreten Lagerung der wirtschaftlichen Verhältnisse entschieden werden können.

Die Anerkennung des Rechtes und der eventuellen Pflicht des Staates zum

Eingriff in die Wirtschaft darf nun nicht überpannt

werden. Sie darf nicht erweitert werden zur These, daß der Staat der Träger und das Subjekt der Wirtschaft zu sein habe. Mit andern Worten, es darf das konkrete Wirtschaftsleben nicht zu einer Sphäre staatlicher Alleinverfügung und Alleinbestimmung gemacht werden. Das widerspricht sowohl dem Wesen des Staates wie dem der Wirtschaft. Der Staat ist eben nicht die erschöpfende Daseinsform des Volkes, und das „Verwaltwerden“ ist eben nicht die entsprechende Form des Volkslebens.

Das Wirtschaftsleben im ganzen bedarf unbedingt der Sparsamkeit der Mittelaufwendung, des zweckmäßigen Kräfteinsatzes; schaltet man die Selbstverantwortung und das Selbstinteresse ganz aus, so entfallen die Sicherungen der höchsten Wirtschaftlichkeit.

Zweifellos wird eine Entlastung von der Selbstverantwortlichkeit die Motive zu ihr verkümmern lassen, viele wirtschaftlich, kulturell und pädagogisch wertvolle Eigenschaften werden sich zurückbilden: Unternehmungslust, Selbstständigkeitsverlangen, Tatkraft, Arbeitsamkeit, Lernbegier, Sorgsamkeit bei der Arbeit usw. Es würden die

Quellen der persönlichen Wirtschaftsenergie versiegen.

Die Ausschaltung des Selbstinteresses als des wirtschaftlichen Motivs für den einzelnen würde die in modernen und zumal gegenwärtigen deutschen Verhältnissen so nötige Wirtschaftlichkeit im Verbrauch — sowohl im produktiven wie im konsumtiven Verbrauch — verkümmern lassen; die Kosten der Produktion würden steigen und eventuell sogar das Wirtschaftsleben in einzelnen Zweigen lähmen können. Das Zeitalter des individualistischen Liberalismus hat sicher die Grenzen der Selbstverantwortlichkeit und das Selbstinteresse zu einseitig und bedenkenlos zum Motor der Wirtschaft gemacht; aber alle kommunistische und staatlich aufgezoogene Wirtschaft würden diesen wertvollen Wirtschaftspotenzen zu wenig Spielräume lassen; und sie würden den Nachteil davon sehr bald fühlen.

Wir sagten oben: nur wo die Selbsthilfe versagt, greift die öffentliche Hilfe ein. Die moderne Wirtschaft förderte massenhaft Zustände zutage, die sozial und kulturell unerwünscht waren, Staat, Gesellschaft und Befestigung zu gefährden drohten, dabei aber durch Selbsthilfe allein nicht zu beheben waren. Wir denken an das gewaltige Gebiet des Lebens-, Gesundheits- und Sittlichkeits-schutzes, des Lohnschutzes usw.

### Allgemeine Wohlfahrtsfragen

standen auf dem Spiel — Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung sind bei der Größe der in Frage kommenden Sozialleistungen keine Klassenprivilegien, sondern nur der large Ausgleich einer tatsächlichen Minderbegünstigung bestimmter sozialer Klassen. Soweit diese gesellschaftlichen Gruppen sich nicht selbst helfen konnten, lag eine wirkliche Aufgabe des Staates und der öffentlichen Hand überhaupt vor. Damit wurden diese berechtigten Träger der Sozialpolitik, neben den großen Organisationen der Selbsthilfe, den Gewerkschaften und Genossenschaften. Die Aufgabe war gewiß nach Motiv und Ziel sozialpolitisch, aber ihrer Wirkung nach von weittragender wirtschaftlicher Bedeutung. Das Beispiel zeigt, daß staatliche Politik auch mit indirekten Mitteln der Wirtschaft dienen kann, sie muß nicht notwendig den direkten Kurs auf volkswirtschaftliche Ziele nehmen. Diese indirekte Methode der staatlichen Wirtschaftspolitik gilt auf vielen Gebieten: der Staat, der die allgemeine Schulpflicht einführt, Fortbildungsschulen errichtet, Universitäten und technische Hochschulen unterhält, alle möglichen Gelegenheiten zur weiteren Ausbildung schafft, die Erziehung der Jugend fördert, für gute Verwaltung sorgt, Gesundheitsschutz ausübt, Kinder und Frauen schützt, treibt indirekte Wirtschaftspolitik mit Wirkungen, die viel nachhaltiger und durchschlagender sind, als große wirtschaftspolitische Aktionen. Daß die Bedeutung dieser indirekten Wirtschaftspolitik so vielfach übersehen wird, hindert nicht, daß sie geradezu Grundquadranten der deutschen Wirtschaftsblüte geschaffen hat, die dauernder und stürmischer sind, als manche mit vielem Geräusch und großer Aufregung unternommenen schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Handlungen des Staates.

Es wurde verschiedentlich betont, daß die wirtschaftspolitischen Zwecke keine absoluten Zwecke sind, daß das Wirtschaftsleben kein absoluter und letztlich maßgebender Wert ist. Gesichtspunkte der Kulturpolitik, des Schutzes für Schwache und Bedürftige, des sozialen Friedens, der Rücksicht auf die

### politische Lebensicherung von Staat und Volk,

das waren die Erwägungen, die jede auf lange Sicht und dauernde heilvolle Wirkung rechnende Wirtschaftspolitik nicht außer acht lassen darf. Wir zeigten, wie die Beachtung dieser Gesichtspunkte letzten Endes der Wirtschaft zugute kommt, so daß beispielsweise eine vernünftig betriebene Sozialpolitik tatsächlich eine Wirtschaftspolitik mit indirekten Mitteln darstellt. Man denke nicht, diese der Wirtschaftspolitik gezogenen Grenzen und Vorbehalte schmälerten ihre Berechtigung! Gewiß: eine blinde bedenkenlose Wirtschaftspolitik, die auf den augenblicklichen Erfolg allein sieht, wird augenblicklich vielleicht weiter kommen; aber sicher zu Lasten ihrer Zukunft. Die Theorie des Hechtes im Karpenteich gilt nur solange, wie die Karpfen eben Karpfen sind. Eine skrupellose Wirtschaftspolitik kann nach innen und nach außen nur feindliche Gegenwehr, Klassenkampf, Krieg und dauerndes Mißtrauen wachrufen, sie führt eine Vergiftung des menschlichen Miteinanders in Arbeit und Verantwortung herbei, die den ungestörten Fortgang und das Vorwärtsschreiten zu Wohlstand und Wohlfahrt für alle Völker und alle Klassen gefährdet.

## Unternehmer und Arbeiter

Aus der Erkenntnis der sozialen Uebel entsteht der Drang, Abhilfe zu schaffen. Dabei mittätig zu sein, ist eine sittliche Pflicht aller.

Die unteren Schichten müssen befähigt werden, die Hauptarbeit dabei selbst zu tun.

Es muß ihre Aufgabe sein, zunächst das praktisch Erreichbare energisch anzustreben und sich dadurch die Sympathien derjenigen zu erhalten, die ihnen zu helfen bereit sind.

Eigene Einsicht, stetige Kraft und Maßhalten sind die Voraussetzungen jeden Erfolges. Ohne Zusammenschluß, ohne Organisation der Berufskräfte, die hier in Frage kommen, ist aber ein dauernder Erfolg so gut wie ausgeschlossen.

Es ist sehr zu beklagen, daß ein großer Teil der Unternehmer sich nicht losmachen kann von den alten Anschauungen, daß sie glauben, es sei genug mit der formalen Rechtsgleichheit der Arbeiter und daß sie für das Fehlen der materiellen Rechtsgleichheit insbesondere beim Arbeitsvertrag kein Verständnis zu haben scheinen.

Ein großer Teil scheint für das laute Pochen der Zeit, daß eine Änderung zwischen den beiden Parteien sich anbahnen muß, kein Ohr zu haben.

Ganz besonders hat der Arbeitgeber die persönliche Selbständigkeit des Arbeiters, sein Selbstgefühl und das Maß der beim Arbeiter vorhandenen Selbsthilfe in Betracht zu ziehen.

Industrieller Franz Brandts.

## Der Riesenstreik in England

Nach langen Verhandlungen zwischen Regierung, Bergwerksbesitzern und Arbeitern, die den Zweck hatten, erträglichere Verhältnisse im Kohlenbergbau zu schaffen und die zuletzt doch scheiterten, ist es mit dem 1. Mai zu dem großen Ausstand gekommen, der heute schon 2½ Millionen Menschen umfaßt hat. Der Grund dazu ist eine bedeutende Lohnreduzierung, die vorgenommen werden sollte.

Englands Kohlenbergbau erfährt seit 1920 alle die Schwankungen, die sich aus dem Reparationsproblem, der Kohlenlieferung Deutschlands und der wirtschaftlichen Zerrüttung Mitteleuropas ergaben. Mit 1920 setzte im englischen Bergbau, der sich bis dahin des Schutzes der Regierung erfreute, eine große Krise ein, die zur Herabsetzung der Löhne führte und 1921 mit einem dreimonatigen Streik beantwortet wurde. Darauf kam eine gewissermaßen automatische Lohnregelung zustande, die sich durchweg 20 Prozent über den Löhnen von 1914 bewegte. Dieser Regelung folgten zwei günstige Momente für den englischen Bergbau. 1922 der große Bergarbeiterstreik in Nordamerika und 1923 der Ruhrstreik, der den deutschen Bergbau zum Erliegen brachte.

Aber mit 1924 wurde durch das größere Kohlenangebot der Weltmarkt bei der verringerten Kaufkraft aus den Fugen gebracht und die englischen Bergwerksbesitzer kündigten zum 1. August 1925 das Lohnabkommen. Die englischen Bergarbeiter waren gewillt, in den Ausstand zu treten. Da sprang die Regierung Baldwin ein und bewilligte den Bergbauunternehmern für neun Monate eine staatliche Subvention, durch die einerseits die Weiterzahlung des bisherigen Mindestlohnes ermöglicht und andererseits die englische Kohle bis an das Ruhrgebiet herangeführt wurde.

Zu gleicher Zeit ernannte die Regierung einen Ausschuss, der die Lage des englischen Bergbaues prüfen und eine neue Lohnberechnung festsetzen sollte. Dieser Ausschuss schlug die Festsetzung von neuen Standardlöhnen vor, die je nach Revier festgesetzt werden sollten. Um jedoch den selbstmörderischen Wettbewerb auszuschalten, wurden bestimmte Klauseln geschaffen. Da eine Erhöhung der Arbeitszeit nicht zu empfehlen war, bleibe nichts anderes übrig, als den Mindestzuschlag zum Lohn herabzusetzen, was jedoch nur zeitweilig sein sollte.

Die Regierung nahm die Vorschläge des Kohlenausschusses an, während die Grubenbesitzer noch dazu eine Verlängerung der Arbeitszeit verlangten. Die Gewerkschaften lehnten die Einführung von Reviermindestlöhnen, die Herabsetzung des Mindestlohnzuschlags und die Verlängerung der Arbeitszeit ab. Der Ministerpräsident suchte vergeblich eine Einigung herbeizuführen. So kam es zum Streik der Bergarbeiter und im Verfolg zum Generalstreik.

Zweifellos läßt der große Arbeitskampf in England die deutschen Arbeiter nicht gleichgültig. Allgemein ist der Wunsch, daß er mit einem Erfolg der englischen Arbeiter endigen möge. Ein Erfolg der englischen Arbeiter würde nicht ganz ohne Rückwirkung auch auf Deutschland bleiben. Der Glaube an die eigene Kraft der Arbeiterschaft würde gestärkt, die antisozialen Strömungen und Bestrebungen aber würden gedämpft werden. Zu diesen sozialen Auswirkungen würden wirtschaftliche treten, die sich vor allem darin äußerten, daß der deutschen Wirtschaft seitens der englischen nicht infolge gekürzter Löhne und verlängerter Arbeitszeit eine unloyale Konkurrenz bereitet werden könnte. Umgekehrt kann natürlich ein Sieg der englischen Grubenbesitzer über die Arbeiterschaft die gegenteiligen Wirkungen haben.

Die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung Deutschlands bekundet schon allein aus diesen Erwägungen den englischen Bergarbeitern in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe ihre Sympathie und hofft, daß es ihnen möglich ist, Reallohn und Arbeits-



zett in der bisherigen Art zu behaupten. Ob es gut war, den Bergarbeiterstreik in einen Generallstreik auszuweiten, steht jedoch auf einem anderen Blatt. Ob aber die englischen Gewerkschaften die deutschen Gewerkschaften angehen werden, finanzielle Hilfe zu leisten, was angesichts des Umfanges des englischen Arbeitskampfes und der wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiter die Sympathie doch nur eine im wesentlichen platonische und die Hilfeleistung doch nur moralischer Art sein kann, erscheint durchaus nicht so selbstverständlich. Dem entgegen steht auch das selbstbewusste, reservierte Verhalten der englischen Gewerkschaften bei früheren Anlässen. Jedenfalls, so sagt „Der Deutsche“ mit Recht, besteht für die christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands — die bekanntlich in keiner Weise mit den englischen Trade-Unions liiert oder kartelliert sind — keine Veranlassung, eine besondere Hilfe zu leisten, die nicht erbeten wurde, und von der man nicht weiß, ob sie überhaupt erwünscht ist.

Trotz aller wechselseitigen Beziehungen im Leben der Völker, vor allem aber in der Wirtschaft, ist die Tatsache nicht abzuleugbar, daß der Aufstieg der Arbeiterkraft in den einzelnen Ländern jeweils nur das Werk dieser Arbeiterkraft selbst sein kann. Internationale gewerkschaftliche und sozialpolitische Beziehungen und Verbindungen sind eine zwingende Notwendigkeit; den gewollten Zweck aber erreichen sie nur dann, wenn die ihnen dienenden Kräfte in den einzelnen Ländern sich so stark erweisen, daß sie ohne Hilfe von außen ihren Willen durchzusetzen vermögen. Die Wurzeln der Kraft, die die Arbeiterkraft zum sozialen Aufstieg befähigt, ruhen eben zunächst im eigenen Volkstum. Für die Arbeiterkraft, die verfaßte, hier ihre Kraft zu gewinnen, wird die internationale Arbeiterkollaboration immer nur eine Hoffnung, nie aber wirkliche Hilfe sein.

### Gewerkschaftsarbeit ist Familiendienst

Die Bedeutsamkeit der gewerkschaftlichen Arbeit für die Arbeiterfamilie wird leider nicht immer so gewürdigt, wie sie es verdient. Man findet besonders in der Frauenwelt noch viel Gegnerschaft gegen die Organisationen, weil man die direkte Ausstrahlung der gewerkschaftlichen Arbeit auf die Familie nicht klar erkennt. Und doch hängt von dieser Arbeit Wohl und Wehe der Arbeiterfamilie ab.

Sie schützt zunächst Leben und Gesundheit des Trägers der Arbeit und der Familie. Es ist einmal das Wort geprägt worden vom „Schlachtfeld der Arbeit“. Leider kennzeichnet dieses Wortgebilde nur zu sehr den tatsächlichen Zustand. Nach Fre ereignen sich jährlich in deutschen gewerblichen Betrieben

- 10 189 tödliche Unfälle,
- 34 936 Unfälle mit dauernder Erwerbsunfähigkeit,
- 58 672 Unfälle mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit,
- 575 000 gemeldete Unfälle.

Rechnen wir 300 Arbeitstage im Jahr, so kommen nach der amtlichen Statistik in den versicherungspflichtigen Betrieben Deutschlands vor an jedem Tage 1535 Unfälle überhaupt, davon 230 schwerere Unfälle und 25 tödliche Unfälle.

Die Gesamtzahl der Verletzten, die im Laufe der Jahre Unfälle erlitten haben und für die oder deren Hinterbliebenen im Jahre 1923 Entschädigungen gezahlt worden sind, betrug rund 792 000. Sie ist also höher als die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegesbeschädigten.

Das sind geradezu erschreckende Zahlen, welche die Gefahr der gewerblichen Berufsarbeit deutlicher als langatmige Ausführungen beweisen.

Die kapitalisierte Unfallrentenlast für Deutschland dürfte nach sachverständigen Berechnungen etwa 3 Milliarden Reichsmark ausmachen.

Zu diesen Unfallgefahren treten die gesundheitlichen Schädigungen des Arbeitnehmers im Betriebe durch die verschiedensten physikalischen Einflüsse, wie grelles Licht, großer Lärm, starke Hitze oder Kälte, Wind und Wetter, Luftdruck, Erschütterungen, durch chemische Gifte, durch Staub, durch Infektionen und nicht zuletzt durch Ermüdung, Abmüdigung, einseitige Arbeitsstellung und dergl.

Gewiss haben die Unfallberufsgenossenschaften Unfallverhütungsvorschriften zusammengestellt und die Gewerbeordnung eine Reihe von Bestimmungen über den Zustand der Betriebe und der Betriebseinrichtungen festgelegt, aber bei der egoistischen und nur auf Gewinnstreben eingestellten Wirtschaft schweben alle diese Vorschriften und Bestimmungen leider nur zu sehr in der Luft.

Die natürliche Gefahr der gewerblichen Arbeit wird dann aber maßlos gesteigert durch die moderne übertriebene Intensität der Arbeit, welche die Arbeiter kaum zur Bestimmung kommen läßt, ja sie geradezu in erhöhte Gefahr hineintreibt. Zweifellos ist, soweit Leben und Gesundheit der Arbeiter in Frage kommt, die Gewerkschaftsbewegung der zuverlässigste und wachsamste Träger des Arbeiterschutzes gewesen. Wenn heute in den Betrieben mehr Wert gelegt wird auf die Schutzvorrichtungen an Maschinen, auf Staub- und Gasabfuhrvorrichtungen, auf genügende Ventilation, auf Vorhandensein und ordentlichen Zustand von Wasch-, Bade-, Speisekammern usw., dann ist das zum weitaus großen Teil dem unermüdeten Drängen und Treiben der Gewerkschaften zu verdanken.

Unter dem Gesichtswinkel des Arbeiterschutzes ist auch das Streben der Gewerkschaften nach auskömmlichen Akkordpreisen und nach verminderter Arbeitszeit zu betrachten. Arbeitsintensität und Arbeitsdauer sind eben nicht nur Produktionsfaktoren, sondern auch Gefahrenquellen für den Arbeiter. Weiterhin werden die Betriebsräte nur dann im Sinne der Par. 66,8 und 78,6 des BGG. auf die Bekämpfung der Unfall- und Berufsgefahren achten, Gewerbeaufsichtsbeamte und sonstige in Betracht kommende Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft unterstützen sowie auf Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinwirken und erfolgreich tätig sein können, wenn starke Gewerkschaften hinter ihnen stehen.

Auch die Lohnfrage ist von grundlegender Bedeutung für die Gestaltung des Familienlebens. Vom Einkommen des Familienernähers hängt tatsächlich nicht nur das materielle, sondern auch das

geistige und sittliche Wohlergehen der Familie ab. Mit der Lohnfrage ist zunächst untrennbar verbunden Ernährung, Kleidung und Wohnung und damit die leibliche Gesundheit der Familienangehörigen; weiterhin aber auch die Frage der Wohnungsausstattung, die Pflege alles dessen, was erst die Wohnung zum Heim, das Familienleben traulich, anziehend, zu einer bleibenden Erinnerung für die Kinder gestaltet.

In der Lohnfrage ist die Gewerkschaftsbewegung der einzige Stützpunkt für den Arbeiter und die Arbeiterfamilie. Nur ihr ist es zu verdanken, daß die Lohngestaltung der Willkür der Arbeitgeber wenigstens zum Teil entzogen, die unheilvolle Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage aufgehoben und durch den Tarifvertrag eine Sicherung des Arbeitslohnes erreicht wurde. Auch die Lohnentwicklung weist trotz der hemmenden Wirkungen der Krise eine erfreulich aufsteigende Linie auf.

Auch die übrige Arbeit der Gewerkschaft dient der Arbeiterfamilie. Wie erbärmlich war doch früher das Los der Arbeiterfamilie in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Dann stand sie von dem blanken Nichts. Heute ist, wenn auch Arbeitslosigkeit ein hartes Los ist, doch wenigstens in etwa gefordert durch die Erwerbslosenfürsorge, die nur dem Drängen der Organisation zu danken ist. Auch die Verbesserung in der Erwerbslosenfürsorge ist diesem gewerkschaftlichen Drängen zuzuschreiben.

Endlich ist auch das Streben der Organisation nach einer vernünftigen Arbeitsdauer durchaus im Sinne edelster Familienpflege gelegen. Der tiefere Sinn dieses Wirkens ist doch der, der Familie den Vater wiederzugeben, ihn wieder in den Mittelpunkt der Familie zu stellen, ihm zu ermöglichen, seiner gottgegebenen Aufgabe als Erzieher der Kinder gerecht zu werden.

So dient die gewerkschaftliche Arbeit letztlich der Arbeiterfamilie und verdient deshalb nicht nur die wärmste Unterstützung der Arbeiter selbst, sondern auch der Arbeiterfrauen.

### Der Arbeiter

Kesselschmied Heinrich Lersch.

Falsch! Aus Rauch und Blut erheben  
Sich mächtige Maschinen, hoch und weit,  
Voll Schwung und Kraft, das alle Lüfte beben,  
Erbraust dein Lieb, das weiche Seelen schreckt.  
Und Türme, Eisen, die zum Himmel streben,  
Von Licht und Flammen heiß und wild umleckt:  
Du zehrst mir Tag um Tag am Lebensmark,  
Doch lieb ich dich, weil ich in dir erstärke.

Lasse die Herrn auf goldenen Eiern brüten  
Und blind an diesem Glanz vorübergehn,  
Indessen will ich meine Feuer hüten,  
Und Sturm soll mir durch meine Seele wehn.  
Ich steh am Hammer, dem vom Licht umsprühten,  
Und fühle nicht die schnelle Zeit vergehn:  
Die Arbeit fesselt nun mein Tun und Sinnen,  
Damit sie nicht in Spiel und Traum verrinnen.

Zurück. Am Fenster. Breit auf allen Weiten  
Liegt tiefe Nacht. Verfunken ist die Not.  
Fernab die Stadt. Nur späte Wandrer schreiten  
Dem Lichte zu, das alles überleht.  
Und meine Blicke über Sterne gleiten  
Bis an ein fernes, fernes Morgenrot:  
Zu dem sich alle meine Sinne drängen,  
An dem die Ziele meines Lebens hängen.

### Generalversammlung des R. K. Metallarbeiterverbandes Hollands

Am 24. und 25. April hielt unsere Bruderorganisation, der R. K. Metallarbeiterverband Hollands in Utrecht seine Generalversammlung ab. Der Wichtigkeit der Tagung entsprach die große Zahl von Delegierten aus allen Teilen des Landes. Als Gäste konnte der Vorsitzende Kollege Schaper begrüßen aus Deutschland unseren Hauptkassierer Kollegen Hegemann und unseren Verbandsredakteur Kollegen Wieber, aus der Schweiz Kollegen Heil, aus Belgien P. Welpaire und den Vorsitzenden Kollegen Walwyn, vom Ehr. Metallarbeiterverband Hollands die Kollegen Elberhout und Grotenhuis. Die Generalversammlung selbst hatte diesmal mehr die inneren organisatorischen Fragen zur Beratung gestellt. Die Behandlung des Stoffes durch die Referenten sowohl wie auch durch die hochstrebende und oft erfreulich impulsive Diskussion zeigte, wie ernst es dem R. K. Metallarbeiterverband um die Interessenvertretung als auch um die Kräftigung seines Verbandes selbst ist. Wie alle Organisationen hat auch er unter der Krise zu leiden gehabt. Die Kämpfe, die er in der Verdrängungszeit zu führen hatte, waren für holländische Verhältnisse von bedeutendem Ausmaß und belasteten stark die Kassen des Verbandes. Dennoch konnte der „Finanzminister“ des Verbandes mit Stolz feststellen, daß der Verband hinsichtlich des Kapitalvermögens an der Spitze der holländischen Metallarbeiterverbände stände. In den Rahmen der Verhandlungen fügte sich würdig ein ein hochschickendes Referat Dr. Reels, Prof. an der Universität Utrecht, über „Arbeitseignung und Berufskunde“, Fragen, die auch in Holland nicht nur stark debattiert werden, sondern wo man auch eine ganze Anzahl praktischer Möglichkeiten aufweisen konnte.

Die rege Anteilnahme der Kollegenschaft an den Verhandlungen und die rühmlichen Werte Ruhe auch bei schwierigen zur Debatte stehenden Organisationsproblemen haben gezeigt, daß der gewerkschaftliche Geist innerlich gesund ist. Dieser wird sie auch dazu befähigen, bei kommenden über den Tag und über innerorganisatorische Verhältnisse hinausweisenden notwendigen Problemen ihren Mann zu stehen.

### Rundschau

#### Der Arbeiter ist Schuld

Die Arbeiterschaft ist es gewohnt, daß die Arbeitgeber den Arbeiter als den Schuldigen für unser heutiges Elend verantwortlich machen wollen. Nachdem die alte Walze von den hohen Löhnen und den untragbaren Soziallasten oft genug abgelaufen ist, muß schon etwas anderes gesucht werden. Die Firma Drenstein und Koppel in Bochum hat den Dreh gefunden. Mit folgendem Anschlag wurde die Arbeiterschaft beglückt:

#### Bekanntmachung.

Nachlässige Arbeit, vor allen Dingen in der Schmiede, Dreherei und Lagerwerkstatt, aber auch in anderen Werkstätten, hat in letzter Zeit vielfach zum Verlust von Kunden geführt. Schlechte Schmiedeteile zwingen uns dazu, Schmiedeteile von nun an wie früher wieder auswärts zu vergeben. Die Arbeiterschaft bringt sich also durch derartige nachlässige Arbeit um ihr Brot.

Wir möchten nicht verfehlen, darauf eindringlich aufmerksam zu machen. Das Fehlen von Aufträgen liegt teilweise tatsächlich an der mangelnden Ausführung.

Wir ersuchen infolgedessen sowohl die Betriebsbeamten wie auch die Meister und Revisoren, auf das Schärfste und ohne jede Nachsicht, die Ausführung zu überwachen, da wir nicht gewillt sind, den Ruf der Firma aufs Spiel zu setzen.

Die Betriebsleitung.  
Unterschrift.

Bochum, den 7. 4. 1926.

Bei obiger Firma sind eine große Anzahl Arbeiter entlassen worden. Es dürften bei den Entlassungen nicht die besten Arbeiter abgehoben sein, vielmehr waren es neben den jüngsten und ältesten diejenigen, die nach Angaben der Meister nicht in der Lage waren, das verlangte Pensum und darüber hinaus zu leisten. Wenn heute trotzdem Arbeiten geliefert werden sollten, die nicht einwandfrei sind, so dürfte die Schuld an den in den Betrieben üblichen Arbeitssystemen liegen. Wenn die Stoppuhr nicht mehr der einzige Kalkulator ist, dann wird auch der einzelne Arbeiter noch größeren Wert auf Qualitätsarbeit legen können.

Eine andere Frage. Vor nicht langer Zeit ging eine Notiz durch die Presse, daß obige Firma Aufträge an einer französischen Firma vergeben hätte. Diese Notiz wurde nicht widerrufen. Besteht heute wiederum die Absicht, etwas Ähnliches zu machen? Der Anschlag kann eine derartige Aktion gut einleiten.

Die Kollegen haben alle Veranlassung, durch Stärkung unseres Verbandes dafür zu sorgen, daß nicht willkürlich und einseitig von der Firma festgestellt wird, diese oder jene Arbeit taugt nichts, die muß anderswo, vielleicht gar im Ausland hergestellt werden. Wir haben wahrhaftig Arbeitslose genug in Deutschland.

#### Die „Reiniger“

Seit einiger Zeit betätigen sich die Industrie- und Handelskammern mutig mit im Kampf um den Abbau der Ueberorganisation. Das ist an und für sich ein löbliches Bestreben, nur wäre es mehr als erwünscht, wenn die gleichen Körperschaften auch dieses Rezept bei sich mit Erfolg anwenden würden. Unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ veröffentlicht in der Nr. vom 4. Mai eine Uebersicht, die auch das Interesse der breitesten Öffentlichkeit finden dürfte. Wir verweisen hier besonders auch auf den Artikel „Unternehmer unter sich“ in dieser Nr. Nach der Aufstellung im Deutschen betrug die Zahl der Beamten einiger Handelskammern:

	1913	1925	Zunahme in Prozent
Handelskammer D. . . . .	1 Syndikus 2 wissenschaftl. Hilfsarbeiter	2 Syndizi 2 stellv. Stndizi 3 Dezerenten 2 Leiter v. Zweigst. 4 wiss. Hilfsarbeit.	433
	1 Bürodirektor	1 Bürodirektor 1 Stellvertreter	100
	1 Kassenbeamter 1 Assistenten 4 Bürogehilfen 1 Hausmeister	25 Beamte und Angestellte	312
Handelskammer E. . . . .	1 Syndikus 1 Syndikus 1 Stellvertreter	2 Syndizi 2 Syndizi 3 Dezerenten 3 wissenschaft. Assi- stenten	333
Handelskammer D. . . . .	1 Geschäftsführer	1 Geschäftsführer 1 Stellvertreter 2 Assistenten 3 wissenschaft. Hilfs- arbeiter	700
	1 Bürodirektor	1 Bürodirektor 1 Abteilungsvoorf.	500
	8 Beamte und An- gestellte	27 Beamte und Angestellte	337,5

Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir sagen, solange die führenden Vertreter von Industrie und Handel nicht mit gutem Beispiel vorangehen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn ihre in Denkschriften und auf Tagungen erhobenen Forderungen an andere Körperschaften wenig Aussicht auf Durchführung haben.

#### 200-Millionen-Kredit des Reiches für den Klein-Wohnungsbau

Um den Wohnungsbau beschleunigt in Gang zu bringen, hat der Reichstag einer Gesetzesvorlage der Reichsregierung zugestimmt, wonach der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, 200 Millionen Reichsmark im Wege des Kredits flüssig zu machen, um die Gewährung von Zwischentrediten auf erste Hypotheken für Kleinwohnungen zu fördern. Die Mittel werden vom Reichs-



### Die soziale Pflicht des Unternehmers

Es ist nicht damit genug, dem Arbeiter den bedungenen Lohn zu zahlen, sondern es obliegt dem Unternehmer die Pflicht, die Lage des Arbeiters überhaupt zu verbessern durch Sorge für die sittliche Hebung des Arbeiterstandes wie durch praktische Wohlfahrtsrichtungen.

Wir sind aber auch andererseits weit davon entfernt, die Lösung dieser Aufgaben in der einseitigen Tätigkeit der Arbeitgeber zu erblicken; wir verlangen vielmehr eine hervorragende, energische Mitwirkung der Arbeiter selbst nicht bloß bei den verschiedenen Kassen und sonstigen Einrichtungen, sondern auch eine Mitwirkung der Arbeiter bei sich selbst.

Was sollten wir Industrielle machen, wenn wir bei der fortgeschrittenen Technik nicht solche tüchtige und gewissenhafte Arbeiter hätten. Dieser Eigenschaft verdankt die deutsche Industrie ebenso ihre Erfolge wie den Führern auf dem Gebiete der Technik.

Industrieller Franz Brandts.

arbeitsminister als Darlehen den Ländern weitergegeben, die sie im Laufe des Jahres je nach Bedarf durch Vermittlung der Hypothekendarlehenbanken und sonstiger Realkreditinstitute dem Baumarkt zuführen. In der amtlichen Begründung wird über Verwendung der Gelder ausgeführt:

„Der Kredit darf nur zur Ermöglichung von ersten Hypotheken auf solche neu zu errichtende Kleinwohnungen gegeben werden, die Hauszinssteuerhypotheken erhalten oder erhalten können. Die für die einzelne Wohnung mit Hilfe des Reichskredits gegebene erste Hypothek darf den durchschnittlichen Betrag von 5000 M nicht übersteigen. Bei der Beleihung sollen solche Bauvorhaben besonders berücksichtigt werden, bei denen bewährte, einheitliche Typenentwürfe, die nach den Grundsätzen einer sparsamen Bauweise aufgestellt sind, mit normierten Bauteilen ausgeführt werden. Die öffentliche Körperschaft, die das Baugelände zur Verfügung stellt, darf sich bei der Berechnung des Bodenpreises, der Anliegerbeiträge, Anschlussgebühren und Straßenbaukosten nicht von Gewinnabsichten leiten lassen und soll durch Bewilligung von Zeitlähmungen, durch Stundung oder Erlass dieser Kosten weitestgehend entgegenkommen. Länder und Gemeinden müssen bestrebt sein, durch entsprechende Niedrighaltung des Zinsfußes der Hauszinssteuerhypothek für die erste Hypothek und damit die Miete selbst erträglich zu gestalten. Die mit Hilfe des Reichskredits ermöglichte erste Hypothek soll möglichst bis zu 60 Prozent des Bau- und Bodenwertes umfassen. Die Länder oder Gemeinden, die die Baudarlehen aus der Hauszinssteuer gewähren, sollen, sofern die erste Hypothek 40 Prozent des Bau- und Bodenwertes übersteigt, in der Regel die Ausbietungsgarantie übernehmen gegen die Zusage des ersten Hypothekengläubigers, die erste Hypothek im Falle der Zwangsversteigerung stehen zu lassen. Die Kredite sollen grundsätzlich über die Länder gegeben werden, die aber für die Weiterbegebung nicht neue Einrichtungen schaffen, sondern sich in der Regel der Hypothekendarlehenbanken oder anderer Realkreditinstitute bedienen sollen, die zur Ausgabe von Pfandbriefen ermächtigt sind und Gewähr dafür bieten, daß die Kredite nur zur Förderung des Kleinwohnungsbaus verwendet werden. Soweit erforderlich, soll darauf hingewirkt werden, daß die Anstalten der sozialen Versicherung, Sparkassen und andere öffentliche Einrichtungen einen angemessenen Teil ihrer Gelder in derartigen Pfandbriefen anlegen. Das Reich wird den Kredit an die Länder zu den Selbstkosten je nach Bedarf bis zu zwölf Monaten vom Abruf an gewähren.“

### Ueber zwei Milliarden gespart

Die Einlagen der deutschen Sparkassen zu Ende März.

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts haben die Spareinlagen in den Sparkassen des Deutschen Reichs im Monat März 1926 die Zwei-Milliarden-Grenze überschritten. Der Bestand an Spareinlagen Ende März 1926 beläuft sich nämlich auf 2,044,619 Mill. RM gegenüber 1,937,555 Mill. RM Ende Februar und 1,798,330 Mill. RM Ende Januar. Die Einzahlungen im Giro-, Scheck- und Kontokorrent-Verkehr beliefen sich im März auf 1,986,041 Mill. RM (Februar:

1,769,725 Mill. RM, Januar: 1,774,283 Mill. RM), die Auszahlungen auf 1,965,843 Mill. RM (Februar: 1,749,917 Mill. RM, Januar: 1,767,101 Mill. RM). Die Guthaben im Giro-, Scheck- und Kontokorrentgeschäft sind von 958,026 Mill. RM Ende Februar auf 1,006,338 Mill. RM Ende März gestiegen, und ebenso zeigen die Schulden eine Zunahme von 1,299,817 Mill. RM auf 1,381,113 Mill. RM.

Das ist gewiß an sich eine erfreuliche Entwicklung. Bitter ist nur, daß in einer Zeit, in der sich ein zunehmender Erfolg der Sparfähigkeit zeigt, es den weitesten Arbeiterkreisen so schlecht geht. Die in Vollarbeit stehenden Arbeiter indes, die wirklich noch etwas zu erübrigen in der Lage sind, werden ihre Gelder nicht den Sparkassen, sondern der

### Sparabteilung unserer Deutschen Volksbank

übergeben, die ja an allen Orten Annahmestellen errichtet hat. Hier werden unsere Spargroschen auch unseren Interessen dienlich gemacht.

### Die Stimme der Vernunft

Die sozialen Spannungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern könnten sehr wohl gemildert werden, wenn die zweifelsohne vorhandenen einsichtigen Unternehmer den Mut aufbrächten, den antisozialen Strömungen ihrer Kollegen entgegenzutreten. Ab und zu bricht die vernünftige Auffassung einmal durch. So macht der „Holzmarkt“, das Fachorgan der Holzindustrie und des Holzhandels, einige durchaus zutreffende Feststellungen: „Der Massenabbau und der bekannte Revers betreffs Lohn- und Gehaltsherabsetzung, dessen Nichtanerkennung zur Entlassung führt, sind nicht immer wirtschaftliche Notwendigkeiten, sondern sehr oft nur große Modesache. Wir sehen neben der normalen Abbauentwicklung, besonders in den Großunternehmungen, eine andere Art des Abbaus, die nicht mit Unrecht den Unwillen der Öffentlichkeit auf sich lenkt. Hier wird der Abbau nicht immer, aber oft rücksichtslos und bedenkenlos durchgeführt. Hier setzt man die Leute gleich hundertweise auf die Strafe, dort zwingt man sie zur Anerkennung einer Einkommensreduktion mit der Ankündigung sofortiger Entlassung.“

Der „Holzmarkt“ führt ein konkretes Beispiel an, wonach die Aktionäre einer Gesellschaft dividendenlos bleiben, weil die viel zu hohen Direktionsgehälter die sonst ohne weiteres mögliche Dividende von 8 v. H. aufgezehrt hätten. „Aber es ist für den Arbeitnehmer ein sehr saurer Trost, daß außer ihm auch die Aktionäre benachteiligt werden. Der deutsche Arbeitgeber wird sich darauf einstellen müssen, daß die Arbeitnehmer auf dem Plane sind, bereit, um ihr Lebensrecht zu kämpfen.“

Eine Schwatze bringt zwar noch keinen Sommer, aber, der, welcher ernstlich nach der Volksgemeinschaft Ausschau hält, freut sich über jede Stimme, die auf die soziale Befriedigung hinzielt.

### Ein Hereinfall

Der sozialdemokratische Nahrungsmittelarbeiterverband macht augenblicklich in blindwütiger Hege gegen die christlichen Gewerkschaften, wobei ihm die sozialdemokratische Parteipresse sekundiert. Und der Grund? Im Reichstage wurde ein Antrag eingebracht, der den Kombitorieen an Sonntagen die Herstellung von leichtverderblichen Waren (Creme, Eis, Sahne) ermöglichen soll und dieser Antrag war auch von einigen aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten unterschrieben. Nun hagelt es nur so in der roten Presse von christlichen „Arbeiterverrättern“ und christlichem „Arbeiterverrat“.

Dabei erleben nun die „Genossen“ in ihrem blinden Eifer ein böses Mißgeschick. Wie die „Solidarität“ (das Organ des christlichen Nahrungsmittelarbeiterverbandes) feststellt, ist obiger Antrag in der 184. Sitzung des Reichstages zur Abstimmung gelangt und hat für diesen Antrag auch die sozialdemokratische Partei gestimmt. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Jetzt sind wir neugierig, ob die rote Gewerkschafts- und Parteipresse konsequent bleibt und diese sozialdemokratischen Abgeordneten, unter denen sich doch auch „freie“ Gewerkschaftler befinden, nun auch zu Arbeiterverrättern wird.

Industriearbeiter mit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft. Dazu muß man sie aber nicht meiden, sondern man muß mit ihnen gehen, man muß ihnen Sinn für diese Dinge geben und sie wissend machen.

Franz Brandts in M.-Glabbach war es eigentümlich, sein Interesse an den großen Fragen zunächst im engen Raume der ihm organisch verbundenen Umgebung auszuwirken. Die erste Propaganda sollte die praktische Ausführung an Ort und Stelle sein. Was sich nicht durchführen ließ, sollte man auch nicht propagieren. Die viel verbreitete Antipathie in unsern Kreisen gegen die kapitalistische Entwicklung des Landes teilte er nicht. Die schlimmen Nebenerscheinungen dieser Entwicklung wollte er behoben wissen, die Entwicklung selbst erschien ihm als Fortschritt. Es reizte ihn, mit seinem ganzen Wesen in der Wirklichkeit zu stehen und sich so vollkommen wie nur irgendeiner in ihr zurechtzufinden und bei alledem ein fortgeschrittener, warmerziger, weitblickender und wogender Idealist zu sein. „Es braucht ja nicht von uns selbst durchgeführt zu werden,“ sagte er oft, „vielleicht merkt man erst in hundert Jahren, daß unsere Arbeit die Dinge etwas geändert hat, aber das reicht ja.“ Unerschütterlich war sein Glaube an die Vernünftigkeit der Menschen. „Man soll mit ihnen reden“, wiederholte er immer, „und man wird ihnen doch zeigen können, daß das vernünftig ist.“ Er war der festen Ueberzeugung, daß auf diese Weise die anscheinend widersprechendsten Interessen gelöst würden. In all den Jahren des Kampfes um die christlichen Gewerkschaften ist er nicht einen Augenblick in der Ueberzeugung irren geworden, daß sie sich durchsetzen müßten, weil sie vernünftig sind, und weil eine Ablenkung der Arbeiterschaft von ihrem wirklichen Nutzen ein Verrat an ihnen selber gewesen wäre. So führte ihn sein Denken stets trotz seines Idealismus zur Praxis 1872 baute er sich seine Fabrik. 1872 bis 1879 entfalteten sich in ihr die ersten Keime einer konstitutionellen Fabrikordnung: Versicherungswesen, Bibliothek, hauswirtschaftliche Erziehung der unverheirateten Arbeiterinnen, Woh-

## Sozialpolitik

### Steuererstattung vom Lohnabzug

Dem Deutschen Gewerkschaftsbund sind Beschwerden zugegangen, das seitens einzelner Finanzämter die Erstattung von Lohnsteuer aus 1925 mit der Begründung verweigert ist, daß seitens des Arbeitgebers die Abführung des einbehaltenen Steuerabzuges an die Finanzämter unterblieben sei. Es wäre aber eine Unbilligkeit, wenn in solchen Fällen der Arbeitnehmer darunter leiden sollte, daß der Arbeitgeber eine, übrigens ganz unzulässige, Unterlassung begangen hat.

Auf Beschwerde des DGB. beim Reichsfinanzminister ist auch sofort die Antwort erteilt, in der es heißt:

„Ich habe mich bereits in einem Erlass an den Herrn Präsidenten des Landesfinanzamtes damit einverstanden erklärt, daß eine Erstattung von Lohnsteuerbeträgen unter den allgemeinen Voraussetzungen in allen Fällen erfolgt, in denen der Arbeitnehmer nach Par. 41, St. A. D. B., für die Steuer nicht haftet. Darnach soll die Erstattung regelmäßig nicht dadurch ausgeschlossen werden, daß die einbehaltene Steuer nicht abgeführt worden ist. Eine allgemeine Anordnung habe ich für den nächsten Sammelersatz in Aussicht genommen.“

Der Reichsfinanzminister. J. A.

Demnach müssen die Finanzämter nunmehr die Erstattung vornehmen, soweit begründete Anträge vorliegen.

### Zur Wohnungsfrage

Resolution des Dortmunder Kongresses.

Der 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erkennt durchaus die Bedeutung des Erports für die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft an. Er ist aber der Ueberzeugung, daß in der gegenwärtigen Zeit die Förderung des Erportes nicht in erster Linie ein Kredit-, sondern eine Absatzfrage ist. Solange die Belebung des Erports in ausreichendem Maße nicht möglich, muß in verstärktem Maße die Erstellung von Wohnungen für die breiten Massen der minderbemittelten Bevölkerung durch öffentliche Mittel durchgeführt werden, da damit gleichzeitig eine Ankurbelung der Wirtschaft, die Befestigung der dringendsten Wohnungsnot und eine Milderung der Erwerbslosigkeit herbeigeführt werden kann. Die zum Wohnungsbau notwendigen Rohstoffe sind fast restlos im deutschen Vaterlande vorhanden. Die deutsche Volkswirtschaft braucht also im wesentlichen nur den Unterschied zwischen der jetzt gezahlten Erwerbslosenunterstützung und den Löhnen aufzubringen, um aus den vorhandenen Rohstoffen Wohnungen herzustellen. Der Kongreß fordert daher:

Es müssen in verstärktem Maße öffentliche Mittel bereitgestellt und der Realkredit, notfalls unter Zuhilfenahme von Auslandsanleihen, mit Nachdruck gekürzt werden.

Der Ertrag der Hauszinssteuer ist baldmöglichst restlos für den Wohnungsneubau zur Verfügung zu stellen.

Die Beschaffung des benötigten Bauandes zu erschwinglichen Preisen ist durch gesetzgeberische Maßnahmen sicherzustellen.

Die Straßenausbauskosten und Anliegerbeiträge sind auf ein erträgliches Maß zu beschränken. Außerdem ist der Wohnungsbau zu verbilligen durch weitestgehende Verwendung von normierten und typisierten Bauteilen und Baustoffen und durch die Herbeiführung einer vollständig freien Konkurrenz bei der Vergebung und der Ausführung der Bauarbeiten.

Ungerechtfertigte Preissteigerungen auf dem Baustoffmarkt sind durch eine gleichmäßige Verteilung der Bauaufträge über das ganze Jahr hintanzuhalten, auch bei denjenigen der öffentlichen Hand.

Um den sittlichen, gesundheitlichen und volkspolitischen Gefahren entgegenzuwirken, die eine zu starke Zusammendrängung der Bevölkerung in den großstädtischen und industriellen Wohnzentren mit sich bringt, sind großzügige Siedlungs- und Planungsvorschriften nach dem Muster des gegenwärtig in Preußen zur Beratung stehenden Städtebaugesetzes vorzunehmen.

### Ein wahrer Unternehmer

Franz Brandts

In der Zeit der sozialen Reaktion ist es erfreulich, festzustellen, was möglich ist, wenn der praktische Geist des Christentums tätig wirkt. Franz Brandts hat seinerzeit ein Wortbild gegeben. Wir entnehmen folgenden Artikel der Schrift des Volksvereins über diesen bewährten Industriellen.

Un der Hebung des vierten Standes haben in Deutschland Männer von Bildung und Besitz wenig Anteil gehabt. Noch am ehesten die ersteren. In den deutschen Universitäten ist manches blanke Schwert für den Kampf der Organisationen geschmiedet worden. Das waren Statistiken, Ideen, Bücher aus den Schulen Wagners, Schmollers, Brentanos. Seltener waren die Männer des Besitzes auf der Seite der Schilderhebung des vierten Standes zu finden, und neben denen, die, wie Newissen, Camphausen, Hansemann, bürgerlicher Gemein Sinn und staatsmännische Arbeitslust über den Bereich des persönlichen Betriebes zur gemeinnützigen Arbeit drängten, steht nur eine kleine Zahl von Besitzenden, die, wie Roefide, Dechelhäuser, Freese, Abbe, in direkte Beziehungen zur Hebung des Industrieproletariats traten. Für das Ausland sind Harmel, der 1909 Achtzigjährige, ein glühender Katholik und Anhänger Leos XIII., und Godin, ein atheisistischer Philantrop aus der Schule Fouriers, hinzuzufügen, beide aus der Nähe von Reims.

Zu diesen Männern gehört in seiner Weise Franz Brandts, Textilindustrieller in M.-Glabbach.

Brandts brachte dem vierten Stand nicht bloß Mitleid entgegen, sondern unmittelbares Interesse an seiner Entwicklung. Die Arbeiter waren ihm Mitbürger. Wie er glaubte an die Möglichkeit eines kulturförderlichen Kapitalismus und einer Industrie, deren Bauart in die Landschaft und deren Geist in die Sittlichkeit unseres Vaterlandes passen würden, so glaubte er an die Mitarbeit der

nungsfürsorge, Ausschaltung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen, Fabrikordnung und vor allem der Arbeiterausschuss, der nach Möglichkeit zur Durchführung der genannten Einrichtungen und Bestrebungen herangezogen wird. Alles dies vor Freese, Dechelhäuser, Roefide und Abbe.

1879 kam im Anschluß an die Katholikenversammlung in Aachen die Gründung eines Verbandes „Arbeiterwohl“ zustande, zu welcher Fr. Brandts zugezogen wurde. Er berief damals den jugendlichen Verfasser des Buches „Die soziale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung“, Hige, 1880 zu sich nach M.-Glabbach. Hige, der 17 Jahre Jüngerer, ist dort Generalsekretär des Verbandes „Arbeiterwohl“ und Brandts' Arbeitsgenosse in Durchführung seiner örtlichen Initiativen geworden.

Von der Fürsorge in der eignen Fabrik führte der Weg zur Mitarbeit des Ausschusses, vom persönlichen Betrieb zur Propaganda bei seinen Standesgenossen, vom Appell an die Industriellen zur gesetzlichen Regulierung durch den Staat, von der gesetzgeberischen Arbeit der Behörde zur inneren Bereitschaft und zur Weckung von Verständnis und Mitarbeit in Arbeiterkreisen, von der kulturellen Mobilmachung des Volkes zur wirtschaftlichen Selbsthilfe in den entscheidenden Fragen. Bedeutete diese Selbsthilfe für Landwirtschaft, Handwerk, Beamte, Industrielle den Bauernverein, die Genossenschaft, die Standesorganisation, das Syndikat, so bedeutete sie für den Industriearbeiter die Gewerkschaft.

So erlebten wir in Brandts den Industriellen, der aus Ueberzeugung für die Arbeitergewerkschaft eintrat. Der Typ, der so erfolgreich Kaufmannschaft und populären Sozialismus vereinigte, war bei unszulande selten. Franz Brandts starb 1914. Er war sich seiner Pflicht bewußt, als Unternehmer auch Volkführer zu sein. Wäre sein Geist heute lebendig im deutschen Unternehmertum, wären wir der Verengung der sozialen Spannungen um ein bedeutendes Stück näher gekommen.



Steigerung der Unfallrenten

Durch ein Gesetz vom 14. Juli 1925 (zweites Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung) ist bekanntlich die dringend notwendige Erhöhung der Unfallrenten und sonstigen Aufwendungen der Berufsgenossenschaften mit Wirkung ab 1. Juli 1925 erfolgt.

Verbandsgebiet

Heinrich Hedrath †

Am Sonntag, dem 2. Mai, verschied zu Duisburg der Jubilar Heinrich Hedrath. Er war am 23. Oktober 1849 geboren. Hedrath gehörte zu denjenigen, die schon früh die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiterschaft erkannt hatten.

Hindenburg. Auf dem Felde der Arbeit verschied infolge eines bedauerlichen Betriebsunfalles auf der Koksanstalt „G l u c k a u f“, Hindenburg (D.S.), unser Kollege, der Maschinist Mark Kupka aus Hindenburg.

Münster b. Dieburg. Vor einigen Tagen wurde uns ein treuer Bürger und vor allem ein tüchtiger Gewerkschaftler, der Koll. G. Lindner durch den Tod entzogen. Schon früh erkannte er die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Selbsthilfe und trat vor 20 Jahren dem christlichen Metallarbeiterverband bei.

Gelbeingänge

Gelbeingänge für die Hauptkasse im Monat April.

- Aachen 16. 4. 1577,63 M.; Aue 8. 4. 167,17 M.; Augsburg 26. 4. 827,56 M.; Barmen 13. 4. 200,- M.; Barmen 13. 4. 80,- M.; Beleda 12. 4. 2,22 M.; Berlin 1. 4. 276,71 M.; Bernburg 13. 4. 50,- M.; Borsdorf 17. 4. 140,- M.; 22. 4. 120,- M.; Bielefeld 26. 4. 100,- M.; Bismarck 29. 4. 500,- M.; Bochum 20. 4. 1343,70 M.; Bonn 15. 4. 175,- M.; Brandenburg 22. 4. 311,51 M.; Bremen 22. 4. 200,- M.; Breslau 30. 4. 612,92 M.; Chemnitz 7. 4. 155,35 M.; 29. 4. 128,18 M.; Clausthal 14. 4. 2,65 M.; Dortmund 20. 4. 316,10 M.; 22. 4. 200,- M.; 27. 4. 297,47 M.; Döberstadt 30. 4. 56,90 M.; Duisburg 15. 4. 2211,74 M.; Düren 23. 4. 606,45 M.; Düsseldorf 15. 4. 527,25 M.; 29. 4. 1000,- M.; Elbing 1. 4. 256,28 M.; Eschweiler 29. 4. 115,- M.; Essen 21. 4. 130,60 M.; Frankfurt 26. 4. 300,- M.; Freiburg 20. 4. 34,92 M.; Friedrichshafen 20. 4. 58,40 M.; Fürstentum 30. 4. 92,70 M.; Gelsenkirchen 19. 4. 692,70 M.; St. Georgen 17. 4. 39,35 M.; H.-Gladbach 15. 4. 178,50 M.; 15. 4. 669,14 M.; Hag 26. 4. 8,90 M.; Hainich 1. 4. 200,- M.; Hart 6. 4. 200,- M.; Heilbrunn 9. 4. 79,20 M.; Hildesheim 6. 4. 39,70 M.; Hirschberg 30. 4. 166,17 M.; Groß-Milde 20. 4. 33,69 M.; Hüttenbach 3. 4. 308,90 M.; 6. 4. 600,- M.; 28. 4. 214,15 M.; Humberg 24. 4. 500,- M.; Hamburg 20. 4. 195,- M.; Hamm 10. 4. 150,- M.; 8. 4. 500,- M.; 27. 4. 459,27 M.; Harthausen 30. 4. 183,25 M.; Hildesheim 10. 4. 500,- M.; 20. 4. 411,47 M.; Hindenburg 17. 4. 210,- M.; 30. 4. 190,- M.; Höchst 10. 4. 750,39 M.; 27. 4. 402,- M.; Hörde 19. 4. 218,08 M.; Jauer 21. 4. 22,81 M.; Ingolstadt 28. 4. 100,- M.; Karlsruhe 30. 4. 337,28 M.; Kiel 27. 4. 450,- M.; Köln 21. 4. 536 M.; Königsberg 2. 4. 16,90 M.; Künig 13. 4. 118,50 M.; Leipzig 14. 4. 230,- M.; 22. 4. 130,- M.; 28. 4.

- 167,48 M.; Lippstadt 30. 4. 111,50 M.; Lübeck 20. 4. 40,- M.; Mallwitz 21. 4. 100,30 M.; Mannheim 20. 4. 168,09 M.; 21. 4. 100,- M.; Marktredwitz 16. 4. 61,10 M.; Mechernich 21. 4. 200,- M.; Meissen 16. 4. 54,35 M.; Mettmann 9. 4. 177,98 M.; 29. 4. 294,93 M.; Mühlheim 16. 4. 1800,75 M.; München 29. 4. 2,63 M.; Münster 8. 4. 58,50 M.; Neheim 30. 4. 340,67 M.; Neisse 23. 4. 17,75 M.; Neurode 17. 4. 13,60 M.; Neuwied 20. 4. 200,- M.; Nürnberg 30. 4. 100,- M.; Ober-eichstädt 21. 4. 117,97 M.; Oker 9. 4. 179,19 M.; 29. 4. 124,71 M.; Olpe 30. 4. 248,94 M.; Osberg 15. 4. 757,95 M.; 30. 4. 96,96 M.; Osnabrück 28. 4. 1896,77 M.; Papenburg 16. 4. 23,59 M.; Ostel 14. 4. 5,65 M.; Saarau 21. 4. 71,01 M.; Schönaich 20. 4. 84,71 M.; Schönwald 15. 4. 31,64 M.; Schramberg 26. 4. 60,- M.; Schweidnitz 14. 4. 61,80 M.; Schweinfurt 3. 4. 2674,78 M.; Schwemningen 19. 4. 243,75 M.; Siegen 30. 4. 272,94 M.; Solingen 26. 4. 900,48 M.; Sömmerda 16. 4. 34,73 M.; Stolberg 23. 4. 618,68 M.; Triebberg 14. 4. 207,35 M.; Tuttlingen 3. 4. 197,38 M.; Ulm 22. 4. 195,91 M.; Velbert 22. 4. 202,23 M.; Wiblingen 28. 4. 360,70 M.; Waldkirch 26. 4. 33,85 M.; Werder 22. 4. 198,84 M.; Wilhelmshaven 1. 4. 163,75 M.; 28. 4. 185,10 M.; Würzburg 21. 4. 76,75 M.

Die Verwaltungsstellenkassierer wollen die genannten Gelbeingänge mit den von ihnen eingesandten Abrechnungsgeldern vergleichen und etwaige Anstände umgehend der Hauptkasse mitteilen.

Literatur

Empfehlenswerte Fachliteratur. Es ist ein von Praktikern allgemein beklagter Mangel eines großen Teils der auf den Markt gebrachten fachlichen Literatur, daß selbige entweder zu viel voraussetzt und dann unverständlich theoretisiert oder aber überhaupt zu theoretisch gehalten und darum nicht besonders praktisch wertvoll ist.

Bekanntmachung

Sonntag, den 16. Mai, ist der 21. Wochenbeitrag fällig.

Unternehmer unter sich

Die Herren vom Verein der Märkischen Kleisenindustrie haben unlängst in Hagen eine Vollversammlung abgehalten, über deren Verlauf zwei Berichte vorliegen. Der 1. Bericht erschien in den Tageszeitungen, war also demnach für die Öffentlichkeit bestimmt. Der 2. Bericht erschien in Broschürenform, mit dem Vermerk „Streng vertraulich“.

Dr. Cremer kennzeichnet die heutigen Schwierigkeiten der Wirtschaft recht offen, indem er u. a. folgendes sagt:

„Wir haben heute im Wirtschaftsprozess eine gewaltige Ueberproduktion oder Ueberfälligung von Personalitäten in leitenden Stellungen auf allen Gebieten, auch auf dem Gebiete der Direktionen der großen, zusammengefaßtesten Massenbetriebe.“

Was Dr. Cremer gesagt, wurde von uns des öfteren betont, Veifall haben wir dafür aber nicht gefunden.

Immer wieder wurde und wird uns entgegengehalten, daß die Hauptschwierigkeiten mit unserer heutigen Lohn- und Tarifpolitik zusammenhängen. Wie die Industrie überfetzt ist, hat Dr. Cremer mit folgenden Sätzen erwähnt:

„Wir haben Leute aus dem ehemaligen Offizierskorps in den Wirtschaftsprozess mit hineingezogen. Aus dem Schriftstellertum, aus den freien Berufen, der Anwaltschaft usw., können sie an den verschiedensten Stellen namhafte Zahlen von Köpfen sehen, die heute in den unmittelbaren Wirtschaftsprozess gezogen sind, ohne daß eine entsprechende Vergrößerung der Arbeitsleistung und Intensivierung in der leitenden Seite des Wirtschaftsprozesses entstanden ist.“

Es wäre zu wünschen, daß die Wahrheit dieser Sätze von den Arbeitgeberern mehr erkannt würde. Viele Reibungen und viel Unzufriedenheit könnte dadurch erspart werden. Mit der Sozialversicherung scheint Dr. Cremer nicht ganz einverstanden zu sein. Er hält die Möglichkeit gegeben, die „weit-überspannte Sozialversicherung rückwärts“ zu residieren.

Diese Anschauungen sind uns nicht neu. Es ist die grundsätzliche verschiedene Auffassung über die Notwendigkeit einer gelunden Sozialpolitik, die in solchen Worten zum Ausdruck kommt.

Dr. Cremer hat dann auch Vergleiche gezogen mit Amerika, und sagt u. a.:

„Der Amerikaner verdient mehr als der deutsche Arbeiter. Er hat eigene Versicherungen, in denen er sich einlassen kann. Er weiß genau, daß niemand für ihn sorgt, wenn er aufs Pflaster kommt. Wenn wir das amerikanische System einführen wollen, um die Vorzüge des amerikanischen Arbeiters auch dem deutschen Arbeiter zu verschaffen, dann müssen wir darüber klar sein, daß wir auch die Nachteile gegenüber dem unseren mit übernehmen, daß viel schärfere Einsetzen und Absetzen der Kräfte, die viel stärkeren Möglichkeiten, einen sehr hohen Lohnanteil aus der Wirtschaft herauszuholen.“

Ein nicht geringer Teil deutscher Unternehmer sucht die „Retung der deutschen Wirtschaft“ durch Lohnabzug, Akkorddruck etc. zu erreichen. Dabei wird dann nicht vergessen zu sagen, daß der Arbeiter sich der schwierigen Lage durch Sparen anzupassen habe. Eine löchliche einfache, bequeme Methode, wie Ford sagt. Wichtig ist sie

aber nicht. Auch Dr. Cremer sieht das wohl ein, und sagt dazu folgendes:

„Es ist leicht gesagt, man könne sich der schwierigen Lage durch Sparen anpassen, und es gibt viele Leute, die der Meinung sind, wenn man unter den heutigen Verhältnissen sparen müsse, müsse man auch den Kulturstand ein Stück zurückgehen lassen. Das ist eine gefährliche Sache, denn der wichtigste Anreiz, um die Arbeitskraft auszunutzen, ist doch der, daß das früher erreichte Lebensniveau das Ziel für jeden Einzelnen ist, auf das er sich einstellt, und von dem er nicht ablassen möchte.“

Man wird jedenfalls nicht bestreiten können, daß in diesen von uns wiedergegebenen Ausführungen Dr. Cremers manche Wahrheiten enthalten sind, deren Anerkennung in Arbeitgeberkreisen nur gewünscht werden muß.

Wie die nachfolgende Aussprache aber erwies, hat der Vortrag Dr. Cremers doch etwas verknüpft. Dr. Cremer hat die Fehler im eignen Lager „zu stark“ gesehen, und nicht wie üblich, die Gewerkschaften für alles Unheil verantwortlich gemacht. Die Vollversammlung der Märkischen Kleisenindustrie ist aber glücklicherweise nicht geschlossen worden, ohne das vom Herrn Dr. Cremer Versäumte nachzuholen. Nachdem Herr Pöbdinghaus-Mitensvorbe die Preispolitik der eisenhaltenden Industrie sehr verurteilt hatte, nahm zuerst Herr Fabrikant Kuhlmann zu den Ausführungen Dr. Cremers Stellung. Er beschäftigte sich mit Sparmaßnahmen u. a. auch mit dem Beamtenabbau, und verurteilte ganz richtig, daß man alte Beamte von 65 Jahren, ob sie tüchtig gewesen oder nicht tüchtig, abgebaut hätte, dafür aber noch Tausende gehalten habe, die sich in der Inflationszeit hineingedrängt hätten und meint sodann:

„Wo wäre denn sonst noch abzubauen? Von den Reichstagsabgeordneten wären zweidrittel überflüssig. Dann hat man beabsichtigt, das Gesetz gegen die Kartelle durchzuführen. Von den Vereinigungen der Gewerkschaften, die durch ihren maßlosen Uebermut und beständige Drangsalierung der Industrie doch auch Kartelle darstellen, hört man nicht, daß sie abgebaut werden sollen. Das sind die eigentlichen Herrscher im preussischen Staat. An die wagt man sich nicht heran. Das sind Elemente, die uns ewig den Unfrieden in der Industrie erhalten werden, das ist der größte Unsegen, den unser Vaterland zu tragen hat.“

Der stille Wunsch des Herrn Kuhlmann ist also der, daß die Gewerkschaften abgebaut werden, und verschwinden müssen. Von dem Uebermut der Unternehmerorganisationen wurde nicht gesprochen, nur die Gewerkschaften werden verantwortlich gemacht.

Sie sollen die „Herrscher im preussischen Staat“ sein. Von dieser Herrschaft haben wir, offen gesagt, doch recht wenig verspürt, und wer die Mögler und Zweifler im Arbeitnehmerlager hört, (unsere Unorganisierten) der sollte fast annehmen, das genaue Gegenteil sei der Fall. Was ist denn nun richtig? Daß wir in den letzten Jahren alles daran setzten, die Interessen der Arbeiter mit Nachdruck zu vertreten, ist wahr, dabei sind die Pläne der Scharfmacher recht oft und gründlich durchkreuzt worden. Mit Genugtuung wollen wir das gern zugeben. Leider wurde unser Streben beeinträchtigt durch die Unorganisierten, sonst wäre der Erfolg noch besser gewesen. Die Ausführungen des Herrn Kuhlmann werden hoffentlich dazu beitragen, die Arbeiterschaft noch mehr zu festigen in ihrer Treue zur gewerkschaftlichen Organisation.

Was man heute will, mag man es noch so schön verbergen, ist doch nichts anderes als die Zerschlagung der Organisationen. Dadurch glaubt man gefügige Arbeiter zu gewinnen, deshalb wünscht man Werkgemeinschaften etc., um mit allem aufzuräumen, was an Rechten den Arbeitern im Laufe der letzten Jahre zuerkannt wurde. Es wird soviel geredet von einer notwendigen Zusammenarbeit. Glauben die Vertreter der Märkischen Kleisenindustrie denn wirklich, daß die Arbeiterschaft nicht ahnte, wohin der Weg führen soll?

Für die Metallarbeiter zeigt auch der Verlauf der Hagener Tagung, ebenso wie die Essener Tagung der Industrie- und Handelskammern, daß es in der gegenwärtigen Zeit nur eines geben kann, Zusammenhalten, Zusammenklopfen. Je größer die Einigkeit, um so leichter die Möglichkeit der Abwehr scharfmacherischer Wünsche und Forderungen.